

**3475/AB XXI.GP**

---

**Eingelangt am: 25.04.2002**

BM für auswärtige Angelegenheiten

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Ulrike Lunacek, Mag. Werner Kogler, Freundinnen und Freunde haben am 28. Februar 2002 unter der Zahl 3558/J-NR/2002 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend notwendige Reform der öffentlichen Exportfinanzierung gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

**Zu Fragen 1 bis 5:**

Diesbezüglich wird auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage 3559/J durch das Bundesministerium für Finanzen verwiesen.

**Zu Frage 6:**

Ja. Bundesministerium für Finanzen und Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten arbeiten gemeinsam mit dem Sekretariat der OECD an einer einvernehmlichen Änderung der Meldepraxis.

**Zu Frage 7:**

Begünstigte Exportkredite werden vor allem im Ausbildungsbereich (Schulen), im sozialen Bereich (Spitäler), im Umweltsektor (Wasser- und Abwasseranlagen) und im Infrastrukturbereich (Brücken) realisiert und entsprechen daher der sektoriellen Schwerpunktsetzung der österreichischen EZA.

**Zu Frage 8:**

Alle Schwerpunktländer der bilateralen Programm- und Projekthilfe sind LLDCs. Die wichtigsten Empfängerländer in den letzten Jahren waren Ägypten, China, Indonesien, Philippinen und Thailand. Obwohl an LLDCs aus Haftungsgründen keine begünstigten Exportkredite vergeben werden, ist es der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit erst kürzlich gelungen, einen begünstigten Exportkredit an eine österreichische Firma zum Ausbau eines Wasserkraftwerkes in einem Schwerpunktland zu vergeben.

**Zu Frage 9:**

Bei der Erstellung eines AQUA (Aid Quality Assessment) zur Feststellung der Entwicklungshilfefähigkeit eines Projektantrages wird den umfangreichen und strengen Vorgaben der OECD Rechnung getragen. Darüber hinausgehende Kontrollen sind im Rahmen des vom Bundesministerium für Finanzen zu vollziehenden österreichischen Exportkreditsystems nicht vorgesehen.

**Zu Frage 10:**

Diesbezüglich wird auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage 3559/J durch das Bundesministerium für Finanzen verwiesen.